

03\_ESWZ

ZWISCHEN RHEIN  
UND SAAR„Die Macht der Medien“:  
Diskussion in Hambach

NEUSTADT (swz). Um „Macht der Medien“ geht es am Sonntag, 22. April, 10 Uhr, bei einer Diskussionsveranstaltung der neuen Reihe „Hambach Aktuell“ im Festsaal des Hambacher Schlosses. Einführende Referate halten Uwe Rosenbaum, Landes-Sendefunkdirektor des Südwestrundfunks, Ilka Desgranges, Redaktionsleiterin der Saarbrücker Zeitung in Saarlouis und Mitglied im Deutschen Presserat, sowie RHEINPFALZ-Chefredakteur Michael Garthe. Die anschließende Diskussion der Referenten und der Zuhörer moderiert Uli Remmel, Leiter der RHEINPFALZ-Redaktion Wörth und Landesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbands (DJV).

## PFALZ KOMPAKT



**Villa Kröckel verkauft.** Die Jugendstil-Villa Kröckel in Kaiserslautern ist von dem Architekten Folker Fiebig an den Unternehmer Hans Rainer Sachs verkauft worden. Zum Kaufpreis wurden keine Angaben gemacht. Das Gebäude mit über 1200 Quadratmeter Nutzfläche soll nach seiner Renovierung zu einem Ärztehaus umfunktioniert werden. Im Souterrain soll gehobene Gastronomie einziehen. Die Villa Kröckel wurde 1886 für den Bauunternehmer Karl Leonhard Kröckel errichtet. Sie steht unter Denkmalschutz. (ita/Foto: view)

**Autobahn-Querspanne aufgegeben.** Die Pläne für den Bau einer Autobahnquerspanne A 654 südlich der Rheinbrücke Wörth/Karlsruhe (Landkreis Germersheim) sollen zu den Akten gelegt werden. Hintergrund ist die Absicht, eine neue Brücke nördlich der bestehenden zu bauen. Dies geht aus einem Schreiben des baden-württembergischen Verkehrsministeriums hervor. (lap)

**Abschiebung von Ex-Gastarbeiter.** Die Aufenthaltserlaubnis des 68-jährigen Rentners Buluc Cicek aus Ludwigshafen wird nicht verlängert. Grund: Zum Lebensunterhalt braucht er Sozialhilfe. Bislang fiel er als potenzieller Arbeitnehmer laut Stadt unter ein Abkommen mit der Türkei. Doch dieses Abkommen gilt nicht für Rentner. (cp)

## PERSONALNOTIZ

**Thomas Butzinger** (Wörth) ist gestern beim Verwaltungsgericht Neustadt zum Vorsitzenden Richter ernannt worden. Der 44-jährige Jurist übernahm den Vorsitz der vierten Kammer, die neben Verfahren aus dem Asylrecht hauptsächlich mit Verfahrensrecht aus dem Bau-, Boden- und Naturschutzrecht sowie dem Sozialrecht befasst ist. (hl)

## HEIT SCHUNN GELACHT?

„Was macht dann Ihren Sohn eigentlich noch beim Studium?“ - „Er geht in Rente!“ (waw)

## DIE FAHNDER UND IHRE FÄLLE (13)

## Katz- und Mausspiel um die „Mäuse“

Klaus Herrmann leitet die für Vorder- und Südpfalz zuständige Steuerfahndung in Neustadt

► Mit unserer Serie „Die Fahnder und ihre Fälle“, die alle 14 Tage erscheint, wollen wir die oft unspektakuläre, aber nichtsdestotrotz spannende Arbeit von rheinland-pfälzischen Ermittlern vorstellen.

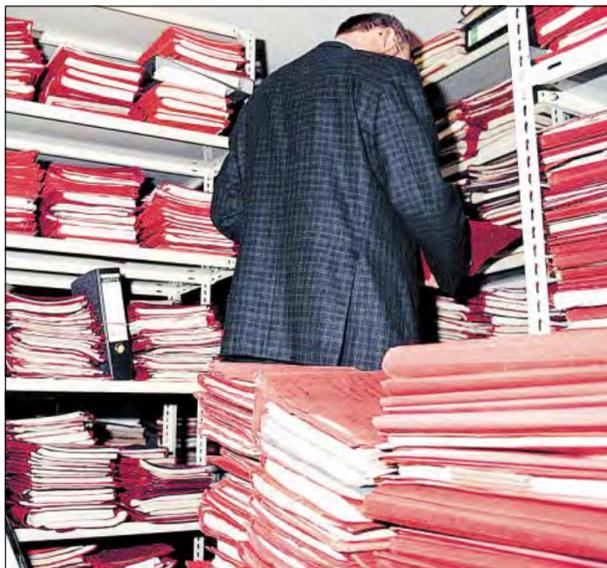
VON UNSEREM REDAKTEUR  
JÜRGEN MÜLLER

Klaus Herrmann liebt seinen Job: „Wir können vergleichsweise frei arbeiten, außerdem ist viel Kreativität gefragt.“ Dabei hat er der 45-jährige Jurist mit einem Bereich im deutschen Paragraphen-Dschungel zu tun, der besonders üppig ins Kraut schießt - dem Steuerrecht. Aber Herrmann ist auch nicht irgendein Finanzbeamter. Vielmehr leitet er die Steuerfahndungsstelle im Finanzamt Neustadt, die mit ihren 41 Mitarbeitern über die Steuermoral von 160.000 Betrieben und 866.000 Einwohnern in Vorder- und Südpfalz wacht.

Ein solcher Job hat viel von einem Katz- und Mausspiel: Die Jäger des verlorenen Staatsschatzes müssen sich ständig auf neue Haken und Finten ihrer zahlungsunwilligen Kundschaft einstellen. Und die raffinierten Sünder planen bei der Konstruktion ihrer illegalen Steuersparmodelle von vorneherein die Reaktion des Fiskus ein. Denn, so Herrmann: „Die wissen ganz genau, wie wir arbeiten.“

Ein besonders großes Rad wird derzeit mit Umsatzsteuer-Betrügereien gedreht. Der Schaden allein in Rheinland-Pfalz dürfte sich auf schätzungsweise 200 Millionen Mark pro Jahr belaufen, die Europäische Union spricht von 20 Milliarden Mark für ganz Deutschland.

Beliebt ist der Firmengründer-Trick, weiß Herrmann: Junge Unternehmen haben typischerweise hohe Startausgaben für Einrichtungen oder Materialbeschaffung, aber kaum Einnahmen, weil sie noch



Berge von Strafverfahren müssen die Mitarbeiter der Neustadter Steuerfahndung bewältigen. —FOTO: LINZMEIER-MEHN

nichts verkauft haben. Deshalb ist es nicht ungewöhnlich, wenn solche Firmen bei ihrer ersten Umsatzsteuer-Vorausmeldung einen Erstattungsanspruch für selbst gezahlte Vorsteuer geltend machen. Hat der Fiskus den Batzen überwiesen, verschwinden die Betrüger so plötzlich von der Bildfläche, wie sie gekommen sind.

Außerst lukrativ ist auch das Umsatzsteuerkarussell: Die Steuerbetrüger nutzen dabei die Tatsache aus, dass bei einer Lieferung ins Ausland keine inländische Umsatzsteuer auf dem Warenpreis lastet. Die Güter werden mehrfach zwischen Firmen im In- und Ausland hin- und hergeschoben, was Nachprüfungen erschwert. Eine dieser Firmen behauptet dann, dass ihr in Wahrheit nicht belasteter Ein-

kaufpreis eine Vorsteuer enthalte, die dann auch eingefordert wird.

Der Clou dabei: Der Fiskus subventioniert bei diesem Dreh über die Vorsteuererstattung den Einkaufspreis herunter, und die Betrüger haben dadurch gegenüber ehrlichen Konkurrenten einen massiven Wettbewerbsvorteil. Noch raffinierter wird es, wenn die Karussell-Ware erst gar nicht existiert. So flog nach Herrmanns Worten vor einem halben Jahr ein Netz von Firmen auf, das sein Geld mit Handy-Lieferungen verdiente. Doch die Geräte existierten nur auf dem Papier. Ein vorderpfälzischer „Lieferant“ hatte sich auf diese Weise 1,3 Millionen Mark Umsatzsteuer ergaunert, sein Reutlinger Geschäftspartner gar 60 Millionen Mark. Dort waren übri-

gens deutliche Verbindungen zur Mafia auszumachen.

Erheblich belastet wird die Arbeit der Steuerfahnder noch vom Berg der „Bankenverfahren“: Gut verdienende Selbstständige, Handwerker, Unternehmer und Privatpersonen hatten Schwarzgelder oder Ersparnisse aus Angst vor der Quellensteuer ins Ausland geschafft und „vergessen“, die Erträge in ihrer Steuererklärung anzugeben. Seit 1995 sind allein in Neustadt 6800 solcher Bankenverfahren aufgelaufen. Davon konnten 2900 abgeschlossen werden, die 86 Millionen Mark an zusätzlichen Steuern brachten. Herrmann hofft, dass die Masse der Bankenverfahren bis Jahresende geschafft ist.

Steuerfahnder müssen sich in vielen Branchen auskennen. So auch in der Gastronomie. Dem Inhaber eines Speiselokals wiesen die Neustadter Fahnder laut Herrmann nach, dass er in acht Jahren Umsätze von sieben Millionen Mark verschwiegen und viereinhalb Millionen Mark Steuern hinterzogen hat. Auch Schwarzarbeit-Tricks auf dem Bau wissen die Ermittler zu entlarven: Ein Unternehmer aus Speyer hatte 250 Mitarbeiter beschäftigt und den Behörden vorgegaukelt, sie seien in Portugal angemeldet. Auf diese Weise hat er zwölf Millionen Mark hinterzogen.

Ein Steuerfahnder bringt im Durchschnitt etwa 2,2 Millionen Mark im Jahr in die Finanzkasse, rechnet Herrmann vor. An eigenen Kosten verursacht dieser Beamte nur etwa 160.000 Mark. „In der Wirtschaft würde man bei diesen Zahlen sagen: ‚Stark ausbauen‘“, schmunzelt der Chef der Steuerfahndung.

## DIE SERIE

— Zuletzt erschienen: „Beweise gegen Umweltsünder“ (5. April)  
— Die komplette Serie zum Nachlesen in RHEINPFALZ-online:  
[www.ron.de/fahnder](http://www.ron.de/fahnder)

Staatsanwalt: Schülerin  
gefesselt und gepeitscht

Ermittlungen gegen Lehrer in Kaiserslautern

► KAISERSLAUTERN (ita). Freiheitsberaubung und Körperverletzung wirft die Staatsanwaltschaft einem Musiklehrer an einer Kaiserslauterer Realschule vor. Unabhängig davon, wie das Ermittlungsverfahren ausgeht, soll der 47-jährige nicht mehr an die Schule zurückkehren und verurteilt werden.

Der Fall kam im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen einen anderen Lehrer der Realschule auf, der seit Anfang März wegen Verdachts sexueller Missbrauchs von Jungen in Untersuchungshaft sitzt (wir berichteten zuletzt am 14. März). Die Schule hatte während dieser Untersuchungen Beratungen für die Schüler mit dem Vertrauenslehrer angeboten. Innerhalb dieser Stunden hätten die Schüler auch über den Musiklehrer berichtet.

Demnach soll er bereits am 6. Februar 2000 eine damals 14-jährige Schülerin an einen Pfosten im Musiksaal gefesselt und ihr eine Stofftasche über den Kopf gezogen haben, so der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Bleh. Vermutlich mit einer Peitsche habe er das Mädchen dann auf Oberschenkel und Gesäß geschlagen. Nach-

dem die Schülerin geschrien habe, sie bekomme keine Luft mehr, habe er sie wieder los gebunden.

Bleh zufolge hat der Lehrer die Vorwürfe bestritten. Er habe angegeben, den Vorfall für einen Scherz gehalten zu haben: Das Ganze sei als Bestrafung gedacht gewesen, weil die Schülerin ein Kartenspiel verloren habe. Das Spiel soll der Lehrer nach dem Unterricht mit einem Teil der Klasse gespielt haben. Laut Bleh sind die Ermittlungen nahezu abgeschlossen. Nur eine endgültige Stellungnahme des Lehrers beziehungsweise seines Verteidigers stehe noch aus.

Unabhängig davon hatte die Neustadter Schulaufsichtsbehörde den Lehrer nach Bekanntwerden des Vorfalls vernommen und ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Es ruht jetzt aber so lange, bis die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beendet sind. Der Lehrer sei krank gemeldet, sagte gestern der Leiter der Schulaufsicht, Jürgen Buttman. Nach den Osterferien kehre er nicht mehr an die Realschule zurück. Er selbst habe einen Versetzungsantrag gestellt, aber Neustadt hätte ihn sowieso versetzt, damit die Realschule „wieder zur Ruhe kommen kann“.

## Winzer halten Mainz Wahlbetrug vor

Ministerium: Dornfelder kann 2002 nicht mehr subventioniert werden

► MAINZ/NEUSTADT (jüm). Zwischen dem Pfälzer Weinbauverband und dem Mainzer Landwirtschaftsministerium hängt der Haussegen schief: Die drei Verbands-Vizepräsidenten werfen dem FDP-geführten Ministerium „Taschenspielertricks aus der untersten Schublade“ vor und sprechen von „Wahlbetrug“. Das Ministerium wies die Vorwürfe zurück.

Es geht um 17 Millionen Mark, mit denen die Europäische Union (EU) jährlich die Umstrukturierung des rheinland-pfälzischen Weinbaus fördert. Und darum, wofür dieser Batzen im Detail ausgegeben werden darf. Die Pfälzer Verbandsführung pocht darauf, dass mit den Millionen auch die Umstellung auf Dornfelder- und Portugieser-Anbau unterstützt wird. Denn die deutschen Erzeuger können die Nachfrage nach den derzeit beliebten Rotweinsorten kaum befriedigen.

Doch kaum war die Landtagswahl vorbei, erfuhren die Winzer, dass die Dornfelder- und Portugieser-Subvention nur eine „Einjahres-Fliege“ war. Nur wenn der Abstand zwischen den Rebzeilen vergrößert wird, können diese beiden Sorten laut den vom Ministerium für das Jahr 2002 überarbeiteten Kriterien noch gefördert werden. Davon haben die Pfälzer aber kaum et-

gegen. In einem Gespräch mit Minister Hans-Artur Bauckhage sei der Verbandsspitze im Herbst deutlich gemacht worden, dass nach dem ersten Jahr Bilanz gezogen und der Katalog überprüft werde. Und bei dem Treffen im März habe er gesagt, wegen des Zeitdrucks müsse das Ministerium ohne Rücksprache entscheiden.

Aus zwei Gründen habe das Ministerium jetzt die Änderungen vorgenommen, so Stumm weiter. Zum einen seien Förderanträge mit einem Volumen von 32,8 Millionen Mark gestellt worden. Auch wenn voraussichtlich etwas mehr als die zunächst von der EU vorgesehenen 17 Millionen Mark verteilt werden können, übersteigen die Förderwünsche die zur Verfügung stehenden Mittel doch deutlich. Allein 11,4 Millionen Mark des beantragten Volumens entfallen auf Dornfelder und Portugieser.

Zum anderen hat die EU laut Stumm von Anfang an deutlich gemacht, dass ihre Umstrukturierungshilfen nicht dazu führen dürften, die Produktion auszuweiten. Deshalb wäre bei einer Fortsetzung der Förderung von ertragsstarken Sorten wie Dornfelder und Portugieser zu befürchten, dass Brüssel auf eine Rückzahlung der Subventionen durch das Land bestanden hätte.

Erst nach massivem Druck aus der Pfalz sei die Dornfelder- und Portugieser-Umstellung im vergangenen Jahr in den Förderkatalog aufgenommen worden, hält Referatsleiter Stumm da-

Zwölf Millionen  
für Berufsschulen

Berliner „Zukunftsinvestitionen“

► MAINZ (ddp). Die Berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz erhalten in diesem und im nächsten Jahr knapp zwölf Millionen Mark aus dem Programm „Zukunftsinvestitionen für berufliche Schulen“ des Bundes.

Die Mittel stammen aus der Versteigerung neuer Mobilfunk-Lizenzen (UMTS) im vergangenen Jahr und stünden in zwei Tranchen zur Verfügung, teilte das rheinland-pfälzische Bildungsministerium gestern mit.

Für 2001 beträgt die Finanzspritze gut acht Millionen Mark, für das kommende Jahr knapp 3,7 Millionen Mark. Die Gelder sollen laut Ministerium für die Ausstattung mit modernen Technologien und Medien sowie für die Computer-Netzwerke inklusive der dafür nötigen Software verwendet werden. Von dem Programm profitierten vor allem Schulen im Norden des Landes und in der Pfalz. So erhalten die beiden Berufsbildenden Schulen in Kaiserslautern zusammen rund 650.000 Mark, die zwei technisch ausgerichteten Schulen in Ludwigshafen zusammen rund 550.000 Mark.

Anklage: Betrug  
in 13 Fällen

Verhandlung in Frankenthal

► FRANKENTHAL (heß). Betrug in 13 Fällen wird einer 57-jährigen aus Kaiserslautern vorgeworfen, die sich seit gestern vor der Zweiten Großen Strafkammer des Landgerichtes Frankenthal verantworten muss. Die Frau soll laut Anklageschrift 1996 und 1997 in Neustadt, Trier und anderen Orten insgesamt etwa 400.000 Mark erhalten haben, um das Geld Gewinn bringend anzulegen, es entgegen der Absprache aber selbst behalten haben. Gestern sagte die Angeklagte aus, sie lebe von der Unterstützung eines Bekannten. Der nächste von sieben weiteren Verhandlungstagen wurde für Montag, 30. April, 9 Uhr, festgesetzt.

— ANZEIGE —

— ANZEIGE —



mach fit - die Aktion von AOK und SWR

gesund abnehmen + richtig bewegen = fit fühlen!

Machen Sie mit: Holen Sie sich Ihren mach fit-Pass in allen AOK-Geschäftsstellen in Rheinland-Pfalz oder rufen Sie die SWR-Hotline an, Tel.: 0 18 05/929-500.

Ab 21.4., täglich im Radio: SWR1 Rheinland-Pfalz

täglich im Fernsehen: SÜDWEST Rheinland-Pfalz

www.machfit.de

